

ZEITUNGSARTIKEL

HINWEIS:

Die Zeitungsartikel auf den folgenden Seiten können in der Einheit „**Ein Problem – viele Sichtweisen**“ zum Einsatz kommen. Sie behandeln kontroverse Themen und sind für unterschiedliche Fächer einsetzbar. Natürlich können auch beliebige andere Artikel für die Diskussion ausgewählt werden. Wichtig ist, dass die gewählten Artikel ein bestimmtes Problem oder ein kontroverses Thema behandeln, um möglichst viele unterschiedliche Sichtweisen darauf zu ermöglichen.

Artikel 1:

Massenproteste gegen WM und Olympia

Artikel 2:

Gesichtserkennung: FBI sammelt Millionen Fotos von Unverdächtigen

Artikel 3:

Skurriler Mülltaucher-Prozess

Artikel 4:

Gendermarketing: Pink ist nur der Anfang

Artikel 5:

Flüchtlinge retten Riace vor dem Untergang

Massenproteste gegen WM und Olympia

Brasilianer erheben sich gegen Milliardenportfeste

*Spiegel Online, 18.06.2013.
Von Katharina Peters*

Proteste im fuballverrckten Brasilien - gegen Fußball? In der aufstrebenden Industrienation sollen mit WM und Olympia gigantische Sportfeste stattfinden. Dagegen gehen jetzt Hunderttausende auf die Straße. Was treibt sie an?

Rio de Janeiro - Die aufstrebende Industrienation Brasilien gilt trotz aller Probleme als fröhliches Land, doch in diesen Tagen wird sie dem Klischee nicht gerecht. Die Massenproteste der vergangenen Tage zeigen, dass die Bürger mit vielem unzufrieden sind. Mehr als 200.000 Menschen nahmen Montagabend an Demonstrationen teil. In der Wirtschaftsmetropole So Paulo blockierten sie eine der Hauptverkehrsstraßen. In mehr als einem halben Dutzend Städten des Landes schrien die Bürger ihre Wut hinaus.

Innerhalb von einer Woche haben sich die Proteste ausgebreitet. Erste Aktionen gab es bereits seit Ende März, doch in So Paulo gewannen sie vergangene Woche an Fahrt: Dort empörten sich Bürger über die Erhöhungen von Fahrpreisen. Längst geht es aber um viel mehr.

Warum wurde die Protestwelle so schnell so groß?

Immerhin erlebte Brasilien einen jahrelangen Wirtschaftsaufschwung, hat wenig Schulden und fast Vollbeschäftigung. Viele Millionen konnten dank Sozialprogrammen der Armut entfliehen.

Doch mit dem Wohlstand wachsen die Ansprüche. Die Mittelschicht verlangt zu wissen, wofür ihr Steuergeld ausgegeben wird. Zudem ist der Boom vorerst vorbei, die Wirtschaft wächst kaum noch. Mit den jetzigen Protesten erheben sich die Brasilianer, sie empören sich über Dinge, die sie schon lange plagen. Einige Demonstranten bringen es mit dem Slogan „Der Gigant wacht auf“ auf den Punkt. Auch auf Twitter löst das leidenschaftliche Reaktionen aus.

Das sind die Hauptkritikpunkte:

■ Geldverschwendung und Misswirtschaft

Viele Demonstranten sammelten sich in den vergangenen Tagen vor den Fußballstadien, wo der Confederations Cup auch ein Testlauf für die WM 2014 sein soll. Allein für das Sportevent rechnet Brasilien mit Kosten von umgerechnet rund elf Milliarden Euro - und viele Stadien werden deutlich teurer als geplant. Der Umbau des Fuballtempels Maracan in Rio de Janeiro kostet 425 Millionen Euro, fast doppelt so viel wie veranschlagt.

Geld, das an anderen Stellen dringend gebraucht wird, finden viele Brasilianer. Auf Transparenzen fordern die Demonstranten, endlich mehr in das Bildungswesen und das Gesundheitssystem zu investieren. Schlecht arbeitende Verwaltungen verschlimmern das Problem. „Wir haben keine guten Schulen für unsere Kinder. Unsere Krankenhäuser sind in einem schrecklichen Zustand. Korruption greift um sich. Diese Proteste werden Geschichte machen und unsere Politiker aufrütteln“, sagt die Demonstrantin Maria Claudia Cardoso in So Paulo.

■ Steigende Preise

Zudem sehen viele Brasilianer, dass die Lebenshaltungskosten drastisch steigen, spürbar auch für Besucher der sportlichen Großereignisse. Momentan sammelt sich die Fußball-Elite zum Confederations Cup, im kommenden Jahr findet die Weltmeisterschaft statt und zwei Jahre später die Olympischen Spiele. Schon jetzt werden Hotels in großen Städten wie Rio de Janeiro immer teurer.

Aber auch das tägliche Leben wird kostspieliger. „Was die Brasilianer umtreibt, ist der Verlust ihrer Kaufkraft mit der Inflation und die Unfähigkeit des Staates, konkrete Lösungen zu finden, was die Krise der Bereiche Gesundheit, Bildung, Sicherheit und Transport betrifft“, schreibt die Zeitung „Folha de São Paulo“. Was dagegen definitiv nicht helfe: mehr Fußball.

■ Korruption

Brasiliens Präsidentin Dilma Rousseff regiert seit 2011. Im ersten Jahr ihrer Amtszeit feuerte sie sieben Minister und setzte damit ein Zeichen gegen Korruption. Doch das hat längst nicht alle Probleme im Land beseitigt: Viele Demonstranten empören sich jetzt über allmächtige Funktionäre und Politiker, die Brasilien als Selbstbedienungsladen missbrauchten. „Schluss mit der Korruption“, stand am Montag bei den Massenprotesten auf den Plakaten, und: „Für ein besseres Brasilien“.

Auch der Parlamentarier und frühere Fußballstar Romario de Faria Souza unterstützt die Proteste, prangert er selbst doch seit langem die Verfehlungen an: „Ich wusste, dass Brasilien ein korruptes Land ist, aber jetzt, wo ich in der Politik bin, sehe ich, dass es viel schlimmer ist als erwartet.“

■ Umsiedlungen

Für die sportlichen Großereignisse baut Brasilien in großem Stil um, Tausende Menschen werden umgesiedelt. Menschenrechtsorganisationen kritisieren seit Jahren das Vorgehen der Behörden: Den Anwohnern werden zwar im Gegenzug Wohnungen angeboten, die aber teils weit entfernt von ihrem jetzigen Wohnort liegen. Die Zwangsräumungen und Umsiedlungen verstießen teilweise gegen Menschenrechtsstandards, warnte die Uno-Sonderberichterstattung Raquel Rolnik am Freitag, einen Tag vor Anpfiff des Confederations Cup. Die Demonstranten schrieben auf Plakate: „Während die Welt zusieht, wie Männer mit dem Ball spielen, sind mehr als 250.000 Menschen obdachlos.“

Präsidentin Rousseff versucht nun, die Lage zu beruhigen. „Friedliche Demonstrationen sind legitim. Es liegt in der Natur der Jugend zu demonstrieren“, sagte sie am Montag ausweichend. Doch gerade die jungen Brasilianer fühlen sich von ihr nicht repräsentiert. Etwa 200 Menschen besetzten am Montagabend in der brasilianischen Hauptstadt Brasília kurzzeitig Teile des Dachs des Nationalkongresses.

Quelle: Spiegel Online www.spiegel.de/politik/ausland/brasilien-massenproteste-gegen-wm-und-olympia-a-906376.html

Gesichtserkennung: FBI sammelt Millionen Fotos von Unverdächtigen

Neue Dokumente zeigen, wie massiv das FBI seine Biometrie-Datenbank ausbaut. Nicht nur Kriminelle, auch Unverdächtige landen darin – und wohl auch deutsche Touristen.

von Eike Kühl,
Zeit Online, 15. April 2014 15:34 Uhr

Schon heute besitzt die US-Bundespolizei FBI nach eigenen Angaben eine der größten biometrischen Datenbanken der Welt. Die soll mit Millionen von Fotos von Verdächtigen und Unverdächtigen erweitert werden. Wie weit das FBI mit diesen Plänen schon ist, geht aus Dokumenten hervor, die der amerikanischen Bürgerrechtsorganisation Electronic Frontier Foundation (EFF) vorliegen.

Bereits seit 2011 bemüht sich die EFF um Einblicke in das geplante Programm des FBI. Doch die Anfragen nach dem Informationsfreiheitsgesetz wurden von der Behörde immer wieder abgewiesen oder lückenhaft beantwortet. Im vergangenen Sommer klagte die Organisation schließlich vor einem Gericht in Kalifornien – und bekam nun die entsprechenden Dokumente ausgehändigt.

Next Generation Identification

In der Kritik steht ein Programm namens Next Generation Identification, kurz NGI. Dabei handelt es sich um eine Erweiterung des Integrated Automated Fingerprint Identification Systems (Iafis), das schon jetzt mehr als 100 Millionen Fingerabdrücke umfasst. Das NGI soll diese Datenbank ausbauen, und zwar mit weiteren biometrischen Daten: Es geht um Handflächen- und Iris-Scans, sowie eben um die Möglichkeit einer umfassenden Gesichtserkennung.

Alle Daten fließen in einer zentralen Datenbank zusammen, die von insgesamt 18.000 Strafverfolgungsbehörden auf lokaler, bundesstaatlicher und auf Bundesebene in den USA genutzt wird. Wie aus den Unterlagen hervorgeht, könnte die Datenbank bis zum Jahr 2015 rund 52 Millionen Fotos zur Gesichtserkennung enthalten; 55.000 Bilder können pro Tag neu eingestellt werden, heißt es in der Pressemitteilung der EFF.

Der Großteil der Daten stammt aus der Strafverfolgung: Die sogenannten Mugshots, die nach einer Verhaftung aufgenommen werden und anschließend in einer Datenbank landen, werden bereits jetzt mit anderen biometrischen Daten wie Fingerabdrücken verknüpft, um die Strafverfolgung zu erleichtern.

Doch eben nicht nur: Wie aus den Dokumenten hervorgeht, könnte die Datenbank bis zum Ende des Jahres auch mehr als vier Millionen Bilder von Nicht-Kriminellen enthalten. Das wären zwar nur etwa acht Prozent der gesamten Datenbank, doch die Zahl könnte in den kommenden Jahren weiter steigen.

Keine Trennung zwischen Kriminellen und Unschuldigen

Etwa durch die sogenannten *background checks*: Diese Prüfungen werden inzwischen von vielen Arbeitgebern in den USA verlangt, wenn sie jemanden einstellen, zum Beispiel von Taxiunternehmen. Auch wer eine Handfeuerwaffe in einem Waffengeschäft erwirbt, muss diese Zuverlässigkeitsprüfung bestehen. In der Regel wird dazu lediglich die bereits bestehende Datenbank nach persönlichen Daten abgefragt. Doch nach den Plänen des NGI könnte ein Arbeitgeber auch nach einem Passfoto verlangen, das dann dauerhaft in der Datenbank

des FBI landet. Andere Foto-Quellen beschreibt das FBI sogar abstrakt. Woher die entsprechenden Bilder kommen, ist also auch den Bürgerrechtlern von der EFF nicht klar.

Das größte Problem: Diese Datensätze werden nicht mehr unabhängig von denen aus der Strafverfolgung behandelt, wie es bis jetzt der Fall war. Jeder Datensatz bekommt ab diesem Jahr eine Universal Control Number (UCN), und alle Abfragen greifen künftig auf sämtliche Quellen zu. Das könnte dazu führen, dass die Bilder unbescholtener Bürger neben Bildern von Kriminellen auftauchen und somit Teil der Untersuchung werden.

Auch deutsche Bürger wären möglicherweise davon betroffen: Im Rahmen des Visa-Waiver-Programms können deutsche Bürger, deren Reisepass bereits biometrische Daten enthält, ohne Visa in die USA einreisen. Bei der Einreise werden zusätzlich Fingerabdrücke genommen und Fotos gemacht – sie landen ebenfalls in Datenbanken, auf die das FBI Zugriff hat.

Das FBI weist die Befürchtungen der Bürgerrechtler zurück. Das System sei nicht dafür gedacht, Personen eindeutig anhand von Fotos zu identifizieren. Vielmehr soll bei einer Anfrage lediglich eine Liste von möglichen Kandidaten ausgegeben werden, die anschließend manuell überprüft werde. Es sei deshalb unmöglich, dass ein Bürger fälschlicherweise mit einem Kriminellen verwechselt wird.

In jedem Fall zeigen die Entwicklungen, dass eine umfassende Gesichtserkennung bei den Behörden gefragt ist. Die Unterlagen liefern Indizien dafür, dass die geplanten und die vor-

handenen Programme sogar noch weiter verschränkt werden könnten.

So ist für die Umsetzung des NGI mit MorphoTrust das gleiche Unternehmen beauftragt worden, das auch für die US-Straßenverkehrsbehörde die Führerscheinbilder verarbeitet und für das Außenministerium eine Datenbank mit mehr als 255 Millionen Bildern verwaltet. Sollte für alle Datenbanken der gleiche Algorithmus angewandt werden, sei es problemlos möglich, sagen die Bürgerrechtler der EFF, dass auch diese Daten künftig bei Abfragen einbegriffen werden. Die Bürger wüssten in keinem Fall, wofür ihre Bilder tatsächlich verwendet würden.

Gesichtserkennung in der Öffentlichkeit

Im kleineren Rahmen testet etwa die Polizei von San Diego bereits Gesichtserkennung: Sie fotografiert mit Tablets verdächtige Personen, um sie anschließend mit der Datenbank abzugleichen. Auch hier ist unklar, was mit den Daten passiert, sollte sich der Verdacht nicht bestätigen.

Die Datenschützer der EFF fordern nun Richtlinien für die Behörden, welche Daten in das System aufgenommen werden, wer darauf zugreifen darf und wofür sie letztlich verwendet werden. Das letzte Privacy Impact Assessment des FBI, also die Überprüfung der Auswirkungen auf die Privatsphäre der Bürger, datiere ins Jahr 2008 zurück, sagt die EFF-Anwältin Jennifer Lynch. Es könne daher nicht die Auswirkungen des NGI-Programms enthalten.

Quelle: ZEIT ONLINE www.zeit.de/digital/datenschutz/2014-04/fbi-gesichtserkennung-datenbank/komplettansicht

Skurriler Mülltaucher-Prozess Hunger nach Aufmerksamkeit

*Spiegel Online, 06.06.2013.
Von Frank Patalong*

In Aachen stehen zwei junge Leute vor Gericht, weil sie Weggeworfenes aus einem Supermarkt-Müllcontainer stahlen. Für sie ist das ein Protest gegen die Wegwerfgesellschaft. Für den Richter eine Geduldssprobe.

Der Verhandlungstag endet mit einem Knall: „Wenn Sie nicht gehen“, poltert Richter Matthias Quarch, „verlassen wir eben den Saal“. Sekunden später sind er und die Schöffen verschwunden, während das johlende Publikum von Justizbeamten heraus komplimentiert werden muss.

Vordergründig geht es vor Gericht in Aachen um die Frage, ob zwei 21 und 27 Jahre junge Leute wegen Hausfriedensbruch und Diebstahl 30, respektive 70 Tage Haft verbüßen sollten, weil sie weggeworfene Lebensmittel aus dem Abfallcontainer eines Rewe-Supermarktes entwendeten. Da hat man sofort Stichworte im Kopf: Armut, Überfluss, soziale Kälte. Es klingt, als würden sich da die Schwachen selbst helfen. Und wem schaden sie dabei schon? Braucht jemand, der aus dem Müll lebt, nicht eher Hilfe?

Das war geschehen: Im Januar 2013 überwand eine kleine Gruppe den Zaun eines Rewe-Marktes in Düren. Eine Nachbarin, die einen Einbruch vermutete, rief die Polizei. Die setzte zwei der Eindringlinge fest und stellte einen Karton voller Lebensmittel aus dem Müllcontainer sicher. Abgelaufenes Zeug, fleckiges Obst, die übliche Beute beim „Containern“, „Mülltauchen“ oder „Dump-Diving“.

So nennt man das, wenn Menschen vermeintlichen Müll aus Containern holen: Die Reste einer Überflussgesellschaft, die wegwirft, was nicht mehr präsentabel genug erscheint.

Die Sache ist den Geschädigten unangenehm

Am 24. Januar verurteilte ein Gericht in Düren Rowena F., 21, und Raoul M., 25, wegen Diebstahl und Hausfriedensbruch. Es ist das bisher härteste Urteil gegen sogenannte Containerer in diesem Land. Dass bisher nicht mehr passierte, liegt auch an der Zurückhaltung der Lebensmittelkonzerne. Denn die treten in aller Regel nicht als Kläger auf.

Auch Rewe ist die Sache merklich unangenehm. Auf eine Anfrage von SPIEGEL ONLINE erfolgt diese Antwort: „Laut den uns vorliegenden Informationen ist der Auslöser des Verfahrens die örtliche Polizei, die damals von den Nachbarn des Rewe-Marktes gerufen wurde. Bisher hat Rewe noch keinen Fall des Containers zur Anzeige gebracht.“

Dabei könnte man das durchaus nachvollziehen: Man kann von einem Lebensmittelhändler nicht erwarten, vorn Waren zu verkaufen und hinter dem Haus kostenlos zu verteilen. Und dass etwa fleckiges Obst im Müll landet, entscheidet nicht der Konzern allein, sondern auch der Kunde: Er kauft es nicht.

Auch den Angeklagten geht es nicht nur um Hunger. Für sie ist das Containern ein politisches Statement, eine tätige Kapitalismuskritik. Ein wenig Lärm ist da hilfreich. Und die Aufmerksamkeit, die eine Berufungsverhandlung in so exotischer Sache erntet.

Die Sache an sich weckt Sympathien

Bereits vor Mittag versammeln sich die Unterstützer vor dem Justizzentrum, bauen einen Infostand auf, verteilen „weggefundene“ Lebensmittel, um deren Güte zu demonstrieren. Ein bunter Haufen, viele sind barfuß unterwegs und sitzen nachher genauso im Gericht.

Aber ein Dresscode müsse ja auch nicht sein, sagt ein Aachener Richter, der kurz vor Verhandlungsbeginn «aus Neugier und Interesse» vorbeischaute. Er ist nicht der Einzige. Dieser Prozess lockt so einige an. Es gibt Grundsympathien für das politische Anliegen der jungen Leute nach mehr Nachhaltigkeit. Natürlich, sagt da ein Beamter aus der Verwaltung, sei es „Wahnsinn“, wie wir mit Ressourcen umgingen. Einer sagt: „Quarch kriegt das schon hin“. Besonnen sei der Richter ja.

Wie man sich einen Richter zum Gegner macht

Wenige Minuten später kann Quarch das im Gerichtssaal beweisen. Das Publikum, nach einem E-Mail-Aufruf zahlreich erschienen, weiß, was es zu tun hat: „Ihr könnt den Prozess mitgestalten“ hatte es in der E-Mail geheißen. Sie tun das mit Zwischenrufen und viel Bewegung. Mal wird die Anklagebank mit Getränken versorgt, mal das Publikum mit Stühlen. Als ein Unterstützer den Zeugenstuhl forttragen will, muss ein Gerichtsdienstler einschreiten. Quarch macht das alles mit, versucht mit Humor zu deeskalieren. Es wird nicht verstanden, sondern als Hohn aufgefasst. Für die Containerer ist klar: Ein Richter ist als Vertreter des „Systems“ grundsätzlich ein Gegner. Die Begleiter der Angeklagten, die keinen Anwalt haben, beantragen, als Laien-Rechtsbeistände vom Gericht anerkannt zu werden. Quarch bietet an, das doch einfach informell zu tun. Die Seite der Angeklagten schlägt das freudig aus: Sie besteht auf einer formellen Anerkennung. Jetzt eskaliert die Sache.

Gezielte Verzögerungen

Nach Beratung mit den Schöffen lehnt die Kammer die Begleiter als Rechtsbeistände ab - und die verlesen Einsprüche dagegen. Der Angeklagte Raoul M. bemüht in einer Erklärung nicht nur die Verfassung, sondern ausführlich auch die Menschenrechtskonvention der Vereinten Nationen. Man fragt sich inzwischen, ob es je beabsichtigt war, einen Freispruch oder eine Einstellung des Verfahrens zu erreichen.

Auch Quarch will wissen, was denn „Ziel der Verteidigung“ sei. Eine Antwort bekommt er nicht, ob es um die Produktion von Märtyrern für die Sache geht, fragt er nicht. Der Gedanke läge nahe. Nach über eineinhalb Stunden hat die Verhandlung noch immer nicht begonnen. Jetzt reißt Richter Quarch der Geduldsfaden: Er besteht - nun ganz formalistisch Vorschriften folgend - darauf, die fachliche Eignung der Begleiter zu überprüfen. Natürlich ist das fies, denn die ist offensichtlich nicht vorhanden. „So einen Hass“, sagt in der nächsten Verhandlungspause einer der Unterstützer der Angeklagten, „so eine Ablehnung habe ich noch bei keinem Richter gesehen.“ Wahrnehmung ist immer subjektiv.

Auch Richter Quarch ist längst klar, dass hier keine ordentliche Verhandlung mehr zu führen ist. Nach der zweiten Unterbrechung bekräftigt er die Entscheidung der Kammer, die Begleiter der Angeklagten als Rechtsbeistände abzulehnen, verweist diese Sache zur Klärung ans Oberlandesgericht Köln und vertagt die Verhandlung abrupt auf den 25. Juni.

„War ja klar“, sagt draußen einer, als alles vorbei ist, „das hier ist ein politischer Prozess.“

Quelle: Spiegel Online www.spiegel.de/panorama/justiz/erste-verhandlung-gegen-muell-aktivisten-gescheitert-a-904025.html

Gendermarketing: Pink ist nur der Anfang

dieStandard.at, Beate Hausbichler,
13. April 2014

Rosa für sie, Hellblau für ihn: Wie Geschlechterklischees im Kleinen anfangen und warum immer die anderen schuld sind, steht in dem Buch „Die Rosa-Hellblau-Falle“

Es ist paradox. Nur mehr wenige Eltern würden es ihrer Tochter ausdrücklich verbieten, eine technische Ausbildung zu beginnen, Hosen oder einen Kurzhaarschnitt zu tragen. Dass Geschlecht weder Nachteil noch Diktat sein sollte und Mädchen wie Burschen unabhängig von Geschlecht wichtige und weniger wichtige Lebensentscheidungen treffen können sollen, ist heute weitgehend Konsens.

Doch lange bevor Kinder überhaupt fähig sind, ihren eigenen Hintern zu finden, geschweige denn sich selbst im Spiegel zu erkennen, predigen heute Industrie und Werbung ein äußerst strenges Geschlechterregime. Es gilt: rosa Schnuller, Söckchen oder Strampler für sie, alles in Hellblau für ihn.

Almut Schnerring und Sascha Verlan haben sich mit dieser relativ neuen, aber rigiden Trennung der Geschlechter in der Kosumwelt in ihrem Buch „Die Rosa-Hellblau-Falle. Für eine Kindheit ohne Rollenklischees“ beschäftigt. Schnerring und Verlan sprechen aus Erfahrung, sie sind Eltern von zwei Buben und eines Mädchens. Rollenklischees für Kinder, das sei nicht nur ein Thema für überambitionierte Eltern, meinen sie. Geschlechterstereotype in der Kinderwelt seien auch kein „Nischenthema“, sondern nicht weniger als die „Voraussetzung für ein gleichwertiges Miteinander“.

Prinzessinnen-Laptop oder Star-Wars-Figur

Denn wenn Werbung und Industrie derart auf die Betonung der Unterschiede zwischen den Geschlechtern pochen, bleibt das nicht ohne Folgen. Und diese beschränken sich auch nicht lange auf die Wahl zwischen Prinzessinnen-Laptop oder Star-Wars-Figur. Während der Nutzen eines eingeschränkten geschlechterspezifischen Farbenspektrums, Spiel- oder Schulzeug für Mädchen und Buben höchst fragwürdig ist, liegt er für die Anbieter klar auf der Hand: Wenn die blauen Vorhänge für die kleine Schwester „nicht passen“ oder die roten Leggings für den Bruder „überhaupt nicht gehen“, lassen sich schlicht mehr Waren verkaufen.

Dass dieses Konsum-Korsett schnell einengt, dafür gibt es im Buch genug Beispiele: Der Bub, der im Kindergarten zwar begeistert Palatschinkenteig rührt, sich dafür aber in die Bauecke zurückzieht, weil der Herd in der Puppenecke steht – und dort seien eben nur die Mädchen.

Haufenweise negative Effekte von Stereotypen zeigen sich auch, wenn es etwas später um Leistung geht. So beschreiben die AutorInnen gleich mehrere Studien, die den „Stereotype Threat“ nachweisen: Eine Untersuchung belegte schon in den 90er-Jahren, dass eine Gruppe Studierender mit schwarzer Hautfarbe dann in einem Test schlechter abschnitt, wenn sie kurz vor dem Test auf ihre Hautfarbe hingewiesen wurde. Bei der Kategorie Geschlecht oder Herkunft ist es nicht anders: Eine Forschungsarbeit der Harvard-Universität zeigte, dass Frauen schlechtere Testergebnisse im Fach Mathematik ablieferten, wenn sie unmittelbar vor dem Test auf ihr Geschlecht aufmerksam gemacht

wurden. Positiv beflügelt waren hingegen Studierende asiatischer Herkunft, die man vor dem Test an ihre Ethnizität erinnerte. Das Klischee, AsiatInnen hätten gute Fähigkeiten in Mathematik, wirkte sich positiv aus. Die schlechter abschneidende Gruppe der Frauen war aber im Prüfungsmoment doppelt belastet: mit der Lösung der Aufgaben und damit, die negativen Vorurteile auszublenden.

Magersüchtiger, pinker Alptraum

Auch das Thema Essen lassen die AutorInnen nicht aus. „Dünn sein“ ist schon für ganz kleine Mädchen eine positive Kategorie, die auch in Scharen nicht genug von dem magersüchtigen, pinken Alptraum aller feministischen Eltern bekommen können: Lillifee. Auch die schon früh eingprägten Körperbilder sind nicht von den geschlechterspezifischen Waren zu trennen, die den Kindern unablässig Buben- und Mädchenattribute einflüstern.

Bei der Suche der AutorInnen nach Antworten, warum nicht mehr Eltern ihre Kinder aus diesem engen Rahmen befreien wollen, stellt sich heraus: Es sind immer die anderen. Die anderen Kinder, die das eigene auslachen, wenn der Bub keine Action-Figur auf der Schultasche hat. Die Nachbarn, die schmunzeln, weil das Baby im Kinderwagen nicht als Mädchen zu erkennen war, weil es in Dunkelblau seine erste Runde um den Block drehte. Dass in vielen anderen Lebensbereichen Individualität hochgehalten, beim Konsum aber Konformität gelebt wird – das wird mit dem Druck durch die anderen argumentiert.

Nach den vielen interessanten Beobachtungen der AutorInnen aus ihrem Elterndasein, den zusammengetragenen Untersuchungen und auch Strategien anderer Eltern eine einfache Lösung für dieses komplexe Problem zu erwarten, wäre zu viel verlangt. Einige gute Hinweise gibt es dennoch: Kinder nehmen die Welt weniger strikt wahr, schreiben Schnerring und Verlan. Eine Studie hat Kinder in 24 Ländern dazu be-

fragt, wie sie Mädchen- und Bubenfiguren im Fernsehprogramm wahrnehmen, und damit gezeigt, dass Kindern Geschlechterklischees suspekt sind. Buben wie Mädchen hielten von übertriebenen emotionalen Mädchenfiguren oder zu dünnen Mädchen nichts. Auch Mädchen, die als passiv und hilflos dargestellt wurden, kamen bei den Kindern nicht an. Wie auch die mittlerweile berühmte Riley seien die Kinder um einiges reflektierter, als viele meinen.

Auf diese Kompetenz sollte man bauen. Und dann wäre da noch die Rollenverteilung daheim. In der eigenen Küche könnte so mancher Vater und so manche Mutter bei dem Plädoyer für Mädchen in die Bauecke und Buben in die Puppenecke ins Straucheln geraten. Warum sollen Mädchen und Buben rebellischer sein, wenn sich doch auch Mama und Papa so brav an „Rosa“ und „Hellblau“ halten.

Quelle: Die Standard http://diestandard.at/2000001065751/Gendermarketing-Pink-ist-nur-der-Anfang?ti=5P254m8ZdyeG1whEOfJu26eTV9q4r6AZQBOiEW500GKj_SVjX2xLLpc373I5G1eivr5fScv_s8k4A7meCPqsCGU1xJzdlsnvvbljOb-bHuhRX1_4OTIzdVpR3z8izXLhWRDM0Xz7j5Wu3X9P9Dt4hvUo0T4

Flüchtlinge retten Riace vor dem Untergang

Zeit Online, 13. November 2012

Halb Europa schottet sich vor Einwanderern ab. Aber ein Fischerdorf in Italien bietet Flüchtlingen ein Zuhause – und sichert damit sein Überleben. Von Claas Relotius

Von den Bergwänden blöken die Schafe, vom Strand her rauscht das Meer und irgendwo dazwischen ist Mimmos Utopie wahr geworden – von einem Ort, der für Gastfreundschaft steht statt für Grenzen. Mimmo heißt eigentlich Domenico Lucano, aber niemand nennt ihn so, obwohl er der Bürgermeister des Fischerdorfs Riace im kalabrischen Südzipfel Italiens ist. Drei Kirchen gibt es hier und knapp 1.500 Einwohner, in den Straßen ein paar Dutzend Hühner und hinkende Hunde. Ein Ort, so unscheinbar, dass sich kaum ein Tourist dorthin verirrt.

Lucano hat sein Heimatdorf zur Heimat der Flüchtlinge erklärt, während halb Europa versucht, sich mit immer höheren Zäunen und Mauern gegen illegale Zuwanderer abzuschotten. „In unserem Dorf“, sagt Lucano, „empfangen wir Flüchtlinge mit offenen Armen.“ Mehr als 500 Migranten leben heute in Riace. Fast jeder dritte Bewohner ist in den letzten Jahren zugewandert. Keiner hatte eine Aufenthaltserlaubnis oder gültige Arbeitspapiere. Es sind junge Männer aus Tunesien, dem Senegal und Eritrea, Frauen und Kinder aus Syrien und Algerien, die aus ihren Heimatländern vor Krieg und Armut flüchteten.

Adama Kone, 33, kam vor zwei Jahren aus Mali, wo er keine Arbeit mehr fand, um seine beiden Kinder zu ernähren. Heute bewohnt er in Riace ein eigenes Haus und betreibt in der zugehörigen Garage seine eigene kleine Autowerkstatt. In einem Textilgeschäft drei Gassen weiter arbeitet die 24-jährige Afghanin Fatma, 24. Sie ist vor den Taliban aus ihrer Heimat geflohen und ist nun Näherin und Teppichknüpfe-

rin in Riace. Rund 600 Euro bekommt sie dafür im Monat. Das Geld zahlt ihr die Gemeinde, die ihr auch eines der alten, leerstehenden Häuser kostenlos zur Verfügung stellt. Die Einheimischen haben Fatma geholfen, es zu renovieren und wieder bewohnbar zu machen. Zum Dank betreut sie mehrmals in der Woche deren Kinder oder pflegt die an Demenz erkrankten Angehörigen.

Die Flüchtlinge helfen, den Ort wiederaufzubauen

„Hilfe ist in Riace keine Einbahnstraße“, sagt Bürgermeister Lucano. „Wir versuchen, den Flüchtlingen hier ein Zuhause zu bieten, und im Gegenzug helfen sie uns, dieses Zuhause am Leben zu halten.“ Flüchtlinge, die andernorts aufgrund fehlender Papiere abgeschoben werden, erhalten in Riace Arbeit, werden in den Dorfalltag integriert – und helfen dabei, einen Ort wiederaufzubauen, der vor gut 14 Jahren fast ausgestorben war.

Das Dorf liegt inmitten einer der strukturschwächsten Regionen des Landes. In Beton gegossene Tristesse, schlecht bezahlte Jobs und zu viel Spielraum für die Mafia. Seit Jahrzehnten hatte es die Menschen weggezogen. Von einst 3.000 Einwohnern waren gerade noch etwa 800 in Riace geblieben. Die letzten Pizzerien und Eisdielen im Ort hatten dicht gemacht. „Unser geliebte Heimat“, sagt Lucano, „war wie ein Patient, der im Sterben liegt und nur noch den Tod erwartet.“

Da geschah das, was die Menschen in Riace noch heute als ein Wunder bezeichnen: In der Nacht des 1. Juli 1998 trieb ein Boot an die Küste, in dem 218 Kurden saßen. Sie wollten nach Griechenland fliehen, waren aber vom Kurs abgekommen. Unterkühlt, erschöpft und halb verhungert hatten die meisten von ihnen die Hoffnung bereits aufgegeben. Lucano sorg-

te dafür, dass die Flüchtlinge versorgt und von den Einheimischen aufgenommen wurden.

Als mit den Jahren immer mehr Flüchtlinge kamen, sah er, wie sie seine Heimat belebten. Lucano nahm für die Gemeinde ein Darlehen auf, um die heruntergekommenen Häuser wieder herrichten und den Zuwanderern Löhne zahlen zu können. Und er beantragte bei der kalabrischen Regierung eine Sondergenehmigung für die unbürokratische Aufnahme von Migranten.

Nach Angaben des italienischen Roten Kreuzes kostet die Unterbringung von Flüchtlingen in kalabrischen Auffanglagern etwa 55 Euro pro Person und Tag. Riace dagegen benötigt für jeden Migranten nur halb so viel Geld. „Weil die Neuankömmlinge schnell Anschluss finden“, sagt Lucano.

Seine neueste Erfindung: der Riace-Euro. Weil Migranten in Italien manchmal bis zu sieben Monate lang auf ihr Geld von der Regierung warten müssen, können sie mit speziellen Münzen in lokalen Geschäften bezahlen, um das Nötigste einzukaufen. Sobald die Zahlungen der Regierung eintreffen, können Ladenbesitzer die Münzen in Bargeld umtauschen. Die Flüchtlinge haben Riace in den letzten Jahren auch zu wirtschaftlichem Aufschwung verholfen. Werkstätten, Bäckereien und Friseur-Salons haben wieder ihren Betrieb aufgenommen. Die traditionelle Töpfer- und Textilkunst wurde neu belebt. Sogar eine Schule gibt es mittlerweile wieder. Kinder, die mit ihren Eltern nach Riace gekommen sind, lernen hier als Erstes Italienisch.

„Die Jugendlichen brauchen am meisten Zeit, um hier anzukommen“, sagt Lehrerin Emilia, 51. Viele seien in ihrer Heimat mit politischer Verfolgung und Bürgerkrieg aufgewachsen, kannten nur das Leben auf der Flucht. Dass sie hier einen Ort gefunden hätten, an dem sie dauerhaft bleiben könnten, sagt Emilia, würden die meisten nur sehr langsam begreifen.

Dorfbewohner fürchteten erst, aus ihrer Heimat vertrieben zu werden

Auch die Einheimischen brauchten Zeit, um sich an die vielen neuen Gesichter in ihrem Dorf zu gewöhnen. Es waren vor allem die älteren Dorfbewohner, die skeptisch waren. Einige fürchteten gar, die Barmherzigkeit ihres Bürgermeisters könnte dazu führen, dass sie am Ende selbst aus ihrer Heimat vertrieben würden. Doch je mehr das Dorf wieder aufblühte, sagt Emilia, „desto leiser wurden die Zweifel.“

Heute schauen die alten Riacesi auf dem Marktplatz afrikanischen Buben beim Fußballspielen zu. Aus der Bäckerei, wo es nach frisch gebackener Ciabatta duftet, erklingt arabische Musik. Und in den Handwerksläden, wo Schmuck und Keramik hergestellt werden, arbeiten Einheimische und Ausländer Hand in Hand.

Nur der gefürchteten ‚Ndrangheta ist so viel Harmonie ein Dorn im Auge. Die kalabrische Mafia, die die Armut Riaces jahrzehntlang für ihre Zwecke zu nutzen wusste, versucht den Wiederaufbau des Dorfes bis heute zu sabotieren. Als Lucano 2009 kurz vor seiner Wiederwahl stand, vergifteten die Mafiosi zuerst seinen Hund und durchsiebten dann mit einem Dutzend Kugeln die Wände der Trattoria Donna Rosa, in der Lucano sich gerade mit Freunden zum Abendessen traf. Doch ein paar Tage später ließ er Plakate anbringen, auf denen bis heute in großen Buchstaben steht: „Riace – Stadt der Gastfreundschaft.“

Vor zwei Jahren wurde Lucano aufgrund seines Engagements für den *World Mayor Award* nominiert. In Riace würden sie ihren Bürgermeister auch für den Friedensnobelpreis vorschlagen. Er sagt: „Viel wichtiger ist, dass die Geschichte von Riace Menschen in aller Welt inspiriert.“ Die Nachbardörfer Stignano und Caulonia haben sich schon ein Beispiel genommen und nehmen nun ebenfalls Flüchtlinge auf. Und auch in Hollywood ist der Name Riace mittlerweile ein Begriff: 2010 kam der Regis-

seur Wim Wenders nach Kalabrien, um einen Dokumentarfilm über die Flüchtlingsproblematik zu drehen. Doch als er von dem Dorf der Flüchtlinge hörte, beschloss er, mit dem Streifen *Il Volo* die Geschichte Riaces zu erzählen.

„Die wahre Utopie“, sagte Wenders noch im selben Jahr anlässlich einer Jubiläumsfeier zur deutschen Wiedervereinigung, „ist nicht der Fall der Berliner Mauer, sondern das Zusammenleben der Menschen in Riace.“ In diesem unscheinbaren Dorf zwischen kahlen Bergwänden und rauschendem Meer habe er eine bessere Welt gesehen.

Quelle: ZEIT ONLINE, www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2012-11/italien-dorf-riace-fluechtlinge-zuhause/komplettansicht